

Gelsenkirchener Gespräche

5. März 2016

Gelsenkirchener Gespräche

Rede von Norbert Römer

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich begrüße Euch ganz herzlich zu den
12. Gelsenkirchener Gesprächen.

Hannelore ist erkrankt, aber auf dem Weg der Besserung.
Alle unsere guten Wünsche zur Genesung gehen von Gelsenkirchen
nach Mülheim.

Liebe Hannelore, kurier Dich aus!
Nimm Dir die Zeit dafür! Wir brauchen Dich! Wir brauchen dich fit.
Nordrhein-Westfalen braucht Dich!

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich freue mich, dass Ihr alle hier seid.
Unsere Gelsenkirchener Gespräche sind der Sammelpunkt aller
sozialdemokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen.
Hier kommen wir zusammen, um zu diskutieren, um Erfahrungen
auszutauschen und um unseren Ehrgeiz und unsere Tatkraft zu zeigen.
Von hier aus ziehen wir wieder los, um Nordrhein-Westfalen,
Deutschland und Europa besser, stärker und gerechter zu machen.

Und das machen wir erfolgreich vor allem mit den Gewerkschaften an
unserer Seite. Deshalb freue ich mich, dass der DGB-Vorsitzende
unseres Landes bei uns ist. Andreas Meyer-Lauber. Andreas sei
willkommen unter Freunden.

- Für die NRWSPD begrüße ich den Landesvorstand mit unserem
Generalsekretär Andre Stinka ganz herzlich.
- Ich heiße unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag willkommen
und begrüße den Vorsitzenden unserer Landesgruppe Achim Post.
- Ein herzliches Willkommen geht an Birgit Sippel und die anderen
sozialdemokratischen NRW-Abgeordneten im Europäischen
Parlament.
- Ich begrüße stellvertretend für alle sozial-demokratischen Mitglieder
der kommunalen Familie den Vorsitzenden der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Frank Baranowski.

- Ein herzliches Willkommen geht auch an die Mitglieder der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.
- Ganz besonders freue ich mich, dass so viele Landtagsabgeordnete aus NRW heute gekommen sind mit unserer Landtagspräsidentin Carina Gödecke in ihren Reihen.
Carina, Kolleginnen und Kollegen seid herzlich willkommen!

Wir begrüßen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland: Sigmar Gabriel.

Lieber Sigmar,

Du wirst heute zu uns sprechen und mit uns diskutieren. Darauf freuen wir uns. Wir in NRW wissen, wie wichtig erfolgreiche sozialdemokratische Politik in Berlin für uns und für die Menschen ist. Deshalb sorgen wir für Rückendeckung und für Rückenwind aus Nordrhein-Westfalen.

Danke, dass Du dabei bist und herzlich willkommen in Gelsenkirchen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nichts treibt die Menschen mehr um, als die nach wie vor hohen Flüchtlingszahlen.

Uns allen geht es so.

In den vergangenen Wintermonaten haben allerdings deutlich weniger Menschen Aufnahme in Deutschland gesucht. Menschen, die vor Krieg, Terror und Vertreibung geflohen sind. Dies ist ein wichtiges Signal, denn Deutschland kann alleine auf Dauer und in so kurzer Zeit nicht so viele Menschen wie im vergangenen Jahr aufnehmen und integrieren.

Die Bilder an der mazedonischen Grenze haben uns alle aber aufgeschreckt. Neue Zäune, Tränengas und Wasserwerfer können nicht die Lösung sein. Wir sind überzeugt: Nur durch eine gemeinsame und solidarische europäische Flüchtlingspolitik können wir diese Dramen stoppen.

Deshalb ist die europäische Strategie der Bundesregierung zur Lösung der Krise richtig. Sie wird auf Dauer auch Erfolg haben.

Allerdings nicht über Nacht und nur unter einer Voraussetzung: Die Anstrengungen der Bundeskanzlerin und unseres Außenministers werden nicht länger aus den Reihen von CDU und CSU torpediert. Julia Klöckner und Guido Wolf hintertreiben die Politik der eigenen Vorsitzenden in den Wahlkampfselten in Rheinland-Pfalz und Baden-

Württemberg. Horst Seehofer sabotiert die deutsche Europapolitik in Budapest und Moskau.

Die Union ist tief zerstritten. Sie sucht parteitaktische Vorteile, wo es doch darum gehen müsste, die Gesellschaft zusammen zu halten und Menschen in Not zu helfen. Die Unionsparteien zerfallen vor unseren Augen.

Deshalb und in aller Klarheit: Der europäische Ansatz zur Lösung der Flüchtlingskrise hat unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Wir werden verhindern, dass die unheilvolle Achse Kaczyński-Órban-Seehofer die Kontrolle über die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik erhält.

Mit uns wird es weder verfassungswidrige Obergrenzen noch eine Schließung der deutschen Grenzen geben. Das wäre nur mit Stacheldraht, Tränengas oder noch Schlimmeren durchzusetzen. Wir machen das nicht mit.

Wer mit der SPD regieren will, darf nicht tatenlos zuschauen, wenn mitten in Europa Frauen, Männer und Kinder an Grenzzäunen stranden und einem humanitären Desaster überlassen werden.

Noch einmal: Wir unterstützen die europäische Strategie der Bundesregierung, der Kanzlerin. Diese Strategie ist doch schon vor Monaten von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel entwickelt worden.

Angela Merkel muss sich aber den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Bewältigung der größten Flucht- und Migrationsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich als ein außenpolitisches Problem behandelt. Das reicht aber nicht.

Nicht alle, die vor Krieg und Verfolgung, Vertreibung und Not zu uns fliehen mussten, werden bleiben können.

Dennoch steht schon heute fest: Viele Flüchtlinge werden zu Einwanderern und bleiben.

Deshalb hat der Bundespräsident Recht: Die Flüchtlingsmigration ist die größte nationale Bewährungsprobe seit der Wiedervereinigung.

Jenseits aller Diskussionen um Fluchtursachen, Außengrenzen und Flüchtlingskontingente müssen wir uns jetzt Fragen von grundsätzlicher Bedeutung stellen, die nach ganz praktischen Antworten verlangen: Wie gelingt Integration?

Wie können wir die Menschen unterstützen, die auf Dauer bei uns leben und arbeiten wollen?

Was müssen – und können - wir von ihnen verlangen?

Nicht zuletzt: Wie verknüpfen wir Integration mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen Deutschlands?

Unsere Antworten entscheiden über den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Deutschland braucht einen Integrationsplan und wir in Nordrhein-Westfalen gehen voran.

Unser Land ist seit mehr als hundert Jahren ein Einwanderungsland, ein Integrationsland.

Bei uns leben mehr Menschen mit Migrations-hintergrund als andere Bundesländer Einwohner haben: Vier Millionen, eine Million davon sind Menschen muslimischen Glaubens.

Wir haben aus unserer Geschichte, aus unseren Erfolgen und auch aus unseren Fehlern gelernt.

Wir wissen, wie Integration gelingt und woran sie scheitern kann.

Wir wissen auch: Der Weg zur Integration ist lang, aber die Zeitspanne, um sie auf einen erfolgreichen Weg zu bringen, nur kurz.

Nordrhein-Westfalen handelt jetzt. Wir sind das erste Bundesland, das einen umfassenden Integrationsplan im Landtag berät und noch vor der Sommerpause entscheiden wird.

Er beinhaltet Sprach- und Integrationskurse, frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen, Gesundheitsfürsorge, Arbeitsmarktintegration und sozialen Wohnungsbau, Zusammenleben in der Gemeinschaft.

NRW wird dieses Jahr mehr als vier Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration ausgeben.

Fast zwei Milliarden Euro gehen über die Jahrespauschale an unseren Städte und Gemeinden.

Davon zahlt der Bund 626 Millionen, also ungefähr ein Drittel.

Mehr als zwei Drittel kommen vom Land.

Und gemessen an den Gesamtaufwendungen des Landes für Flüchtlingshilfe und Integration beläuft sich der Anteil des Bundes auf nur 19 Prozent. Da ist noch viel Luft nach oben. Und deshalb bin ich unserem Finanzminister Norbert Walter-Borjans so dankbar, dass er alle Länderfinanzminister hinter die Forderung gebraucht hat, dass der Bund endlich mindestens die Hälfte der Kosten aufbringt, die Länder und Kommunen stemmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Integration ist ein Prozess, an dessen Ende Menschen unterschiedlicher Herkunft eine gemeinsame Zukunft wollen.

Integration verlangt gemeinsame politische Werte, echte Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit.

Integration verlangt nicht, dass wir unsere Werte in Frage stellen oder relativieren.

Individuelle Freiheit und Selbstbestimmung kombiniert mit Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit sind die stärksten und attraktivsten Ideen, die je in eine politische Ordnung gegossen wurden.

Auch deshalb ist Deutschland heute das Sehnsuchtsland Nr.1 der freien Welt.

Wir müssen uns allerdings wieder stärker auf unsere Werte besinnen und sie vorleben.

Wir werden von jeder und jedem, die bei uns bleiben wollen, die Einhaltung aller Regeln einfordern, die sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch Wahlen und Abstimmungen selbst gegeben haben.

Und wir werden das Recht auf individuelle Selbstbestimmung eines jeden Menschen verteidigen, wenn es durch Fanatismus oder Rassismus bedroht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Flüchtlingsmigration ist auch deshalb eine historische Bewährungsprobe, weil wir unser Demokratie-Modell gegen die Feinde der offenen Gesellschaft verteidigen müssen.

All das, was unsere Demokratie auszeichnet - Toleranz und Solidarität, Freiheit, Liberalität und Sozialstaat – all das wird wieder von rechts bedroht.

Ihr wisst, wen ich meine:

Die sogenannte „Alternative für Deutschland“!

Diese AfD ist keine normale politische Partei.

Schon gar keine demokratische, wie der CDU-Landesvorsitzende Laschet noch kürzlich behauptete.

Die AfD ist eine menschenfeindliche, eine rassistische und nationalistische Partei. Darüber müssen wir die Menschen aufklären, vor allem die, die aus Frust, Protest oder Enttäuschung zur AfD neigen.

Die Feinde der offenen und solidarischen Gesellschaft stehen rechts.

Und wir müssen sie besiegen – im Kampf um Wählerstimmen, im Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen und besonders im Kampf um die politische Meinungsführerschaft in diesem Land.

Wie kann das gelingen?

Bestimmt nicht durch bizarre Debatten über den Sinn und Unsinn von Talkshows. Die AfD ist nicht in einer Talkshow geboren worden, und sie wird auch nicht in einer Talkshow beerdigt werden.

Wir müssen durch tatkräftige Politik beweisen, dass die offene Gesellschaft und ihr demokratischer Rechts- und Sozialstaat stärker, gerechter und erfolgreicher ist als alles, was ihre Feinde zu bieten haben.

Niemand wird die AfD besiegen, indem er sie kopiert.

Aber genau das ist es, was Horst Seehofer und seine CSU derzeit machen.

Sie versuchen die AfD zu schwächen, indem sie sich der Sprache, der Argumente und auch der politischen Vorbilder von AfD und PEGIDA bedienen.

Horst Seehofer umgarnt Viktor Orban und Wladimir Putin, zwei autoritäre Nationalisten, die alle europäischen Werte mit Füßen treten.

Die Politik seiner eigenen Kanzlerin nennt Seehofer hingegen eine „Herrschaft des Unrechts.“

Das ist die Sprache nationalistischer Verschwörungstheoretiker.

Das ist die Sprache der AfD.

Wer glaubt, er könne die AfD durch eine feindliche Übernahme ihrer Positionen schwächen, wird scheitern.

Wer sich für AfD-Positionen öffnet – und sei es nur rhetorisch – der lässt es zu, dass unser tolerantes und solidarisches Demokratie-Modell durch Ressentiments vergiftet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir machen uns und unseren Bürgerinnen und Bürgern nichts vor:

Integration verlangt große Anstrengungen und sie kostet Geld. Offenheit und Ehrlichkeit sind nötig.

Aber genau darin liegt auch die große Chance für unser Land.

Seit seinem ersten Tag als Wirtschaftsminister warnt Sigmar Gabriel davor, Wachstum, Wohlstand und Zusammenhalt für selbstverständlich zu halten. Er hat Recht: Selbstverständlich ist das nicht!

Es reicht nicht mehr, sich an die Gegenwart zu klammern und wie die Kanzlerin einfach nur auf Sicht fahren zu wollen.

Die Digitalisierung, der demografische Wandel und die Globalisierung pausieren doch nicht, nur weil unsere ganz Aufmerksamkeit zur Zeit der Flüchtlingspolitik gilt.

Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland und NRW suchen dringend Fachkräfte. Zudem sind sie auf den digitalen Wandel nicht gut genug vorbereitet.

In Deutschland fehlen annähernd 700.000 Wohnungen.

Der Investitionsrückstau für Straßen, Brücken und Datenleitungen in Deutschland beläuft sich mittlerweile auf 90 Milliarden Euro. Die maroden Autobahnbrücken am Rhein und im Sauerland geben davon ein deutliches Beispiel.

Unser Bildungssystem muss modernisiert werden, denn wir verschwenden immer noch zu viele Talente durch zu wenig Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit.

Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Kita-Plätze und mehr Ganztagschulen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
eines möchte ich klipp und klar sagen:

Die Menschen, die zu uns fliehen, sind für all das nicht der Grund, weder für die großen Zukunfts-Herausforderungen noch für die bereits bestehenden Probleme auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem.

Es kann sein, dass sich diese Probleme durch die Flüchtlingsmigration verschärfen.

Ja, das kann sein.

Aber es liegt an uns, ob wir das zulassen oder nicht.

Wir müssen die Flüchtlingsbewegung als Weckruf, als Ansporn begreifen.

Die Flüchtlinge sind nur der Anlass für Zukunftsinvestitionen, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren werden.

Sie sind der Anlass, nicht der Grund!

Alle Menschen in unserem Land brauchen Bildung, Arbeit und bezahlbaren Wohnraum.

Und es gibt immer noch zu viele, die von all dem zu wenig haben.

Wir müssen jetzt zu Investitionen bereit sein, die für den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit unabdingbar sind.

Nordrhein-Westfalen geht voran:

Wir sind mit Hannelore Kraft an der Spitze das Pionierland einer vorbeugenden Bildungs- und Sozialpolitik.

Wir starten eine Wohnungsbauintiative, die ihresgleichen sucht.

Wir stellen so viele Lehrerinnen und Lehrer sowie Polizistinnen und Polizisten ein, wie nie zuvor.

Unser Integrationsplan ist deshalb auch ein NRW-Plan. Er ist ein gutes Beispiel für Größeres.

Denn wir brauchen für ganz Deutschland einen Plan für Integration, Wachstum und Zusammenhalt.

Wir brauchen einen Deutschland-Plan. Das stellen wir heute in unserer gemeinsamen Erklärung noch einmal heraus.

Genau an diesem Punkt stellen wir jetzt CDU und CSU.

Es muss Schluss sein mit immer neuen Asylpaketen.

Jetzt brauchen wir ein Integrationspaket, eingebettet in ein Solidarprojekt, wie Sigmar Gabriel das will.

Wolfgang Schäuble glaubt, dass Askese die Voraussetzung für Wachstum sei, ganz gleich, welche Anforderungen die Zukunft an uns stellt. Er irrt.

Was wachsen soll, darf doch nicht hungern.

Gesunde Finanzen setzen Investitionen voraus.

Das gilt für Unternehmen wie für Volkswirtschaften.

Doch der Bundesfinanzminister will das nicht wahr haben.

Er glaubt an die reine Lehre aus den verstaubten Lehrbüchern der Neoklassik. Sein goldenes Kalb ist eine schwarze Null.

Es ist diese neoliberale Gesinnungsethik, die uns teuer zu stehen kommen würde. Unsere Städte und Gemeinden würden die ersten sein, die die Folgen seiner ideologischen Finanzpolitik zu spüren bekommen. Denn sie würden dem Bundesfinanzminister als Schuldenpuffer für Soziallasten dienen, die eine gescheiterte Integrationspolitik unweigerlich mit sich bringt.

Im schlechtesten Fall würden wir uns in zehn oder 15 Jahren eingestehen müssen, dass in den Jahren nach 2016

Wachstumschancen verspielt und soziale Konflikte provoziert wurden.

Niemand wird dann die Entschuldigung akzeptieren, dafür sei aber doch die Staatsverschuldung auf 60 statt nur auf 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gedrückt worden. Niemand!

Sigmar Gabriel hat zu Recht Zukunftsinvestitionen für ganz Deutschland, für alle Menschen in unserem Land gefordert.

Und er hat auch zu Recht darauf hingewiesen, dass dafür im Bundeshaushalt Spielräume sind. Wir verlangen ja gar nicht, überdimensionierte Konjunkturpakete aufzulegen.

Für den Anfang reicht es schon, die Spielräume auszunutzen, die das Grundgesetz durchaus eröffnet.

Denn die Bundesländer haben diese Spielräume nicht.

Die Kommunen erst recht nicht.

Ja, Sigmar, Deutschland steht vor einer "doppelten Integrationsaufgabe". Es geht darum, Flüchtlinge zu integrieren, aber auch die eigene Gesellschaft zusammenzuhalten. Niemand darf den Eindruck gewinnen, seine berechtigten Sorgen würden nicht gehört, weil sich alles um die Zuwanderung, um die Flüchtlinge drehe.

Deutschland steht am Scheideweg: Entweder wird die Flüchtlingsmigration mit den dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wohnraum und Infrastruktur für alle verbunden oder unser Land wird in das Eisfeld einer gescheiterten Integrationspolitik treiben. Unsere Entscheidung steht: Wir wollen jetzt einen Deutschland-Plan für Integration, Wachstum und Zusammenhalt.

Wenn wir jetzt die Kraft für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen aufbringen, wird Deutschland in zehn Jahren ein stärkeres und gerechteres Land sein als es heute ist.

Wir sind dazu bereit.

Herzlichen Dank und Glück auf für unsere gemeinsame Sache!